

Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens

Systematische Gesamtdarstellung
mit zahlreichen Beispielen und Mustertexten

von

Prof. Dr. Otto Ernst Krasney

Vizepräsident des Bundessozialgerichts a.D.

und

Prof. Dr. Peter Udsching

Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht

5., neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
 ESVinfo/978 3 503 10694 3

Krasney Kapitel I, II und IX bis XIIIUdsching Kapitel III bis VIIIZitiervorschlag Hdb SGG – (Bearbeiter) I Rn. 24

Paragrafen ohne Angabe des Gesetzes beziehen sich auf das SGG, jedoch ist die Bezeichnung dieses Gesetzes hinzugefügt, wenn sich durch die unmittelbar vorangehende oder folgende Zitierung anderer Gesetze sonst Unklarheiten ergeben könnten.

Innerhalb der einzelnen Kapitel wird auf Randnummern ohne Kapitelhinweis verwiesen. Den Verweisungen auf Randnummern anderer Kapitel ist die Nummer des Kapitels vorangestellt.

1.–2. Auflage erschienen in der Verlagsgruppe Jehle Rehm

3. Auflage 2002

4. Auflage 2005

5. Auflage 2008

ISBN 978 3 503 10694 3

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2008

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/11 Punkt Stempel Garamond

Satz: multitext, Berlin

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur 5. Auflage

Grundlegende und zahlreiche weitere Änderungen des SGG insbesondere durch das Gesetz zur Änderung des SGG und des ArbGG vom 26.3.2008 (BGBl. I 444), aber auch zahllose Änderungen im materiellen Sozialrecht, dessen Problem-
schwerpunkte in der forensischen Praxis vor allem in den stets begrüßten Beispielen und Schriftsatzmustern behandelt werden, haben eine Neuauflage des Handbuchs erforderlich gemacht. Wiederum in der fünften Auflage sind nicht nur die Änderungen eingearbeitet, wie vor allem die Darstellung des vorläufigen Rechtsschutzes zeigt. Die am 1.7.2008 in Kraft tretenden Änderungen der Vertretungsbefugnis in § 73 SGG sind bereits eingearbeitet. Alle Kapitel des Buches sind überarbeitet sowie vor allem in den im Vorwort zur ersten Auflage aufgeführten und weiterhin beibehaltenen Schwerpunkten erweitert. Neue Entscheidungen und Literatur sind berücksichtigt. Außerdem ist das Schriftbild verbessert.

Die Verfasser danken für die Anregungen aus dem Leserkreis und bitten weiterhin auch insoweit um freundliche Begleitung des Buches.

Im März 2008

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching

Vorwort

Das Buch soll eine Hilfe bei der Durchführung eines sozialgerichtlichen Verfahrens in allen drei Instanzen sein. Es will den Beteiligten und ihren Prozessbevollmächtigten in erster Linie rechtliche und auch tatsächliche Besonderheiten dieses Verfahrens näherbringen und die von der Rechtsprechung eingeschlagenen Wege aufzeigen. Verfahrensrechtliche Fragen werden auch anhand von Beispielen aus den einzelnen Gebieten des Sozialrechts Lösungen zugeführt. Eine systematische Darstellung des Sozialgerichtsprozesses wurde dagegen ebensowenig angestrebt wie eine wissenschaftliche Auflistung und Diskussion der Zweifelsfragen.

Die für die praktische Handhabung erforderliche Beschränkung des Umfanges erzwang aber auch – vor allem für die Darstellung des Verfahrens in erster und zweiter Instanz – eine Beschränkung in der Auswahl und Vertiefung der Schwerpunkte. Ebenso mußte allgemein auf umfangreiche Literaturnachweise verzichtet werden, die jedoch in den jeweils zitierten und auch unter diesem Gesichtspunkt ausgewählten Schrifttumsnachweisen zu finden sind. Nur so war es möglich, die zugleich in praxisrelevante Bereiche des materiellen Sozialrechts einführenden Muster und Beispiele einzuschieben.

Auf Anregungen und Kritik sind die Verfasser angewiesen und danken hierfür im voraus.

Im Mai 1991

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	25
I. Kapitel	
Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum	33
II. Kapitel	
Gerichtsverfassung	39
III. Kapitel	
Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens	69
IV. Kapitel	
Das Klagesystem	131
V. Kapitel	
Der Vorläufige Rechtsschutz	177
VI. Kapitel	
Die Verfahrensbeteiligten	207
VII. Kapitel	
Das erstinstanzliche Verfahren	235
VIII. Kapitel	
Das Berufungsverfahren	299
IX. Kapitel	
Revision	329
X. Kapitel	
Beschwerde, Erinnerung, Anhöhrungsrüge	475
XI. Kapitel	
Wiederaufnahme des Verfahrens	495
XII. Kapitel	
Kosten	519
XIII. Kapitel	
Vollstreckung	567
Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens in Schlagworten	575
Text des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)	581
Stichwortverzeichnis	646

Verzeichnis der Schriftsatzmuster:

Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG	101
Antrag auf Übernahme der Kosten des Gutachtens nach § 109 SGG	102
Isolierte Anfechtungsklage	136
Verpflichtungsklage (Antrag auf Erlass eines statusbegründenden Verwaltungsaktes)	139
Verpflichtungsklage (Antrag auf Neubescheidung)	141
Untätigkeitsklage	155
Isolierte Leistungsklage	159
Kombinierte Anfechtung- und Leistungsklage	164
Kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage	172
Kombinierte Anfechtungs-, Leistungs- und Feststellungsklage	173
Vorläufiger Rechtsschutz in Anfechtungssachen (Mit der Klage verbunde- ner Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung)	198
Vorläufiger Rechtsschutz in Anfechtungssachen (Isolierter Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung)	200
Vorläufiger Rechtsschutz in Vornahmesachen (Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung)	201
Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung und auf Erlass einer einstweiligen Anordnung in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende	202
Beiladungsantrag	217
Beschwerde gegen PKH-Beschluss des SG	232
Mindestinhalt einer Klageschrift	237
Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung	314
Berufungsschrift mit Begründung der Berufung	318
Muster für die Begründung der grundsätzlichen Bedeutung	397
Muster für die Revisionsschrift	429
Muster für Revisionsanträge	446

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	5
Abkürzungsverzeichnis	25

I. KAPITEL

Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum

1	Gesetzliche Grundlagen.....	33
2	Schrifttum, Entscheidungssammlungen	37

II. KAPITEL

Gerichtsverfassung

1	Gerichtsbarkeit und Richteramt, Gerichte	39
2	Rechtsweg.....	41
2.1	Zulässigkeit des Rechtsweges	41
2.2	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten i.S. des § 51	42
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nicht verfassungs- rechtlicher Art	42
2.2.2	Den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit nach § 51 Abs. 1 und 2 zugewiesene öffentlich-rechtliche Streitigkeiten.....	42
2.2.2.1	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	43
2.2.2.2	Nach § 51 Abs. 1 und 2 zugewiesene öffentlich- rechtliche Streitigkeiten.....	48
2.2.2.3	Gesetzlich besonders zugewiesene Angelegenheiten.....	50
2.2.3	Einzelfälle	51
2.3	Entscheidung über den Rechtsweg	62
2.3.1	Vorrang der Rechtswegentscheidung; Prioritätsgrundsatz	63
2.3.2	Positiver Kompetenzkonflikt	63
2.3.3	Negativer Kompetenzkonflikt	66
2.3.3.1	Umfang der Bindung.....	66
2.3.3.2	Verweisung	66

III. KAPITEL

Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens

1	Amtsbetrieb und Konzentrationsmaxime	69
2	Amtsermittlungs- oder Untersuchungsgrundsatz.....	70
2.1	Allgemeines.....	70

2.2	Umfang der Amtsermittlungspflicht.....	71
2.2.1	Beweisanträge der Beteiligten	72
2.2.2	Mitwirkung der Beteiligten	73
2.2.2.1	Fehlende Mitwirkung bei ärztlicher Begutachtung.....	73
2.2.2.2	Folgen fehlender Mitwirkung	73
3	Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs	74
4	Das Beweisverfahren	77
4.1	Allgemeine Grundsätze	77
4.2	Beweismittel.....	78
4.3	Die Beweiserhebung	80
4.3.1	Allgemeine Grundsätze	80
4.3.2	Beweiserhebung ohne Beweisbeschluss	80
4.3.3	Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme.....	81
4.3.3.1	Begrenzte Zulässigkeit einer Zurückverweisung an die Verwaltung	82
4.3.3.2	Übernahme von Tatsachenfeststellungen aus Sachverständigen- gutachten	83
4.3.3.3	Wiederholte Zeugenvernehmung.....	83
4.4	Einzelheiten der Beweiserhebung durch Sachverständigen- gutachten	84
4.4.1	Notwendigkeit einer Beweiserhebung	85
4.4.1.1	Auswertung vorliegender Gutachten	86
4.4.1.2	Einwände des Klägers.....	86
4.4.1.3	Sachverständigengutachten ohne Aktenkenntnis.....	87
4.4.1.4	Gutachten aus einem anderen Rechtsstreit	88
4.4.1.5	Gutachten mit widersprechenden Ergebnissen	88
4.4.2	Durchführung des Sachverständigenbeweises	89
4.4.2.1	Rechtsgrundlagen	89
4.4.2.2	Auswahl des Sachverständigen	89
4.4.2.3	Auswahl eines bestimmten Arztes	90
4.4.2.4	Einwände gegen das schriftliche Gutachten.....	92
4.4.2.5	Mündliche Gutachten durch den Sachverständigen im Termin.....	93
4.4.3	Gutachten nach § 109	94
4.4.3.1	Allgemeines	94
4.4.3.2	Ablehnung des Antrags, Frist für die Antragstellung	95
4.4.3.3	Formulierung des Beweisthemas.....	97
4.4.3.4	Auswahl eines bestimmten Arztes	97
4.4.3.5	Kosten der Beweiserhebung nach § 109.....	99
4.4.3.6	Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG.....	101
4.4.3.7	Antrag auf Übernahme der Kosten des Gutachtens nach § 109 SGG.....	102
4.4.4	Privatgutachten	103
4.4.5	Inhalt der Beweisanordnung	103
4.4.5.1	Festlegung des Beweisthemas	103

4.4.5.2	Vorgabe von Anknüpfungstatsachen	104
4.4.5.3	Typische beweisbedürftige Tatsachen als Gegenstand des Sachverständigenbeweises.	105
(1)	Gesetzliche Krankenversicherung	105
(1.1)	Streitgegenstand: Arbeitsunfähigkeit	105
(1.2)	Streitgegenstand: Krankenhaus-Behandlungsbedürftigkeit	106
(2)	Soziale und private Pflegeversicherung	106
(2.1)	Streitgegenstand: Leistungen bei häuslicher Pflege	106
(2.2)	Streitgegenstand: Vollstationäre Pflege	107
(3)	Gesetzliche Unfallversicherung	108
(3.1)	Streitgegenstand: Verletztenrente oder Verletztengeld	108
(3.2)	Streitgegenstand: Witwen- bzw. Waisenrente	110
(4)	Gesetzliche Rentenversicherung	110
(4.1)	Streitgegenstand: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	110
(4.2)	Streitgegenstand: Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit.	112
(4.3)	Streitgegenstand: Rehabilitationsmaßnahmen	115
(5)	Arbeitslosenversicherung	115
(6)	Soziales Entschädigungsrecht	116
(6.1)	Streitgegenstand: Entschädigungsanspruch	116
(6.2)	Streitgegenstand: Besondere berufliche Betroffenheit	116
(7)	Schwerbehindertenrecht	116
(7.1)	Streitgegenstand: Feststellung der Behinderung	116
(7.2)	Streitgegenstand: Höhe des Grades der Behinderung	117
(7.3)	Streitgegenstand: Vergünstigungen bzw. Nachteilsausgleich ..	117
4.5	Beweisanforderungen	118
4.6	Beweisschwierigkeiten	119
4.7	Beweiswürdigung	120
4.7.1	Grundsatz	120
4.7.2	Verstoß gegen allgemeine Erfahrungsgrundsätze	121
4.7.3	Unterlassene oder vorweggenommene Beweiswürdigung	121
4.7.4	Außerachtlassen des Gesamtergebnisses des Verfahrens	121
4.7.5	Fehlerhafte Beweiswürdigung bei widersprechenden Gutachten ..	122
4.8	Das Beweissicherungsverfahren	123
5	Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	123
5.1	Ausschließungsgründe	124
5.2	Besorgnis der Befangenheit	125
5.3	Verfahren bei der Ablehnung	126
5.4	Ablehnung des Sachverständigen	126
6	Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	128

IV. KAPITEL
Das Klagesystem

1	Allgemeines	131
2	Isolierte Anfechtungsklage	131
	Isolierte Anfechtungsklage – Schriftsatzmuster	136
3	Verpflichtungsklage	137
	Antrag auf Erlass eines statusbegründenden Verwaltungsaktes – Schriftsatzmuster	139
	Antrag auf Neubescheidung – Schriftsatzmuster	141
4	Vorverfahren bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	142
4.1	Allgemeines	142
4.2	Ausnahme von der Vorverfahrenspflicht	143
4.2.1	Fehlendes Vorverfahren kraft Gesetzes	143
4.2.2	Fehlendes Vorverfahren in anderen Fällen	143
4.2.3	Besonderheiten des Vertragsarztrechts	144
4.3	Einleitung und Auswirkungen des Widerspruchsverfahrens	145
4.3.1	Form der Einlegung des Widerspruchs	145
4.3.2	Widerspruchsfrist	145
4.3.3	Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs	146
4.3.4	Aussetzung der Vollziehung und Anordnung der aufschiebenden Wirkung	148
4.3.5	Einbeziehung neuer Verwaltungsakte gemäß § 86 Abs. 1	149
4.3.6	Verbot der reformatio in peius	150
4.3.7	Inhalt und Bekanntgabe des Widerspruchsbescheids	150
4.3.8	Kosten des Widerspruchsverfahrens	151
5	Untätigkeitsklage	153
	Untätigkeitsklage – Schriftsatzmuster	155
6	Leistungsklage	156
6.1	Besonderheit in der privaten Pflegeversicherung: Mahnverfahren	158
	Isolierte Leistungsklage – Schriftsatzmuster	159
7	Die kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	160
	Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage – Schriftsatzmuster	164
8	Feststellungsklage	166
8.1	Gegenstand der Feststellungsklage	166
8.2	Spezielle Regelungen der Feststellungsklage	168
8.3	Feststellungsinteresse	170
8.4	Subsidiarität der Feststellungsklage	170
8.5	Kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage – Schriftsatzmuster	172
12		

8.6	Kombinierte Anfechtungs-, Leistungs- und Feststellungs- klage – Schriftsatzmuster.	173
9	Fortsetzungsfeststellungsklage	175

V. KAPITEL
Der Vorläufige Rechtsschutz

1	Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	177
2	Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	178
3	Rechtsentwicklung	178
4	Kodifizierung des vorläufigen Rechtsschutzes im 6. SGG-ÄndG	179
4.1	Allgemeine Grundsätze des vorläufigen Rechtsschutzes	179
4.2	Vorläufiger Rechtsschutz unabhängig von Erfolgsaussichten in der Hauptsache	180
5	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	181
5.1	Entscheidung über Versicherungspflichten, Anforderung von Beiträgen	181
5.2	Entziehung oder Herabsetzung laufender Leistungen	182
5.3	Ausschluss durch Bundesgesetz	183
5.4	Anordnung der sofortigen Vollziehung durch die Behörde.....	185
5.4.1	Zeitpunkt und Dauer der Vollzugsanordnung	185
5.4.2	Voraussetzungen der Vollzugsanordnung	185
6	Aussetzung der Vollziehung/Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	186
6.1	Aussetzung durch die Verwaltung	186
6.2	Anordnung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht	186
6.2.1	Maßstab der gerichtlichen Entscheidung	187
6.2.1.1	Summarische Prüfung	187
6.2.1.2	Interessenabwägung.....	187
6.3	Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	188
6.4	Vorläufiger Rechtsschutz in Anfechtungssachen in Fällen der Existenzsicherung	188
7	Vorläufiger Rechtsschutz in Vornahmesachen	189
7.1	Rechtsentwicklung.....	189
7.2	Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	190
7.3	Inhalt der einstweiligen Anordnung	193
7.4	Vollziehung der einstweiligen Anordnung	194
8	Allgemeine Prozessvoraussetzungen im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	194
8.1	Antrag	194
8.2	Rechtsschutzbedürfnis.....	195

8.3	Weitere Verfahrensfragen	195
8.4	Erstattungs- und Schadensersatzansprüche	196
8.5	Kosten und Gebühren	196
9	Spezielle Regelungen des vorläufigen Rechtsschutzes	197
9.1	Einstweilige Anordnung in Wahlangelegenheiten der Selbstverwaltungsorgane	197
9.2	Einstweilige Anordnungen gegen Feststellungen des Neutralitätsausschusses gemäß § 146 Abs. 6 Satz 6 AFG	197
9.3	Einstweilige Anordnung gegen Vollstreckung aus Urteilen und Beschlüssen	197
10	Vorläufiger Rechtsschutz im Berufungsverfahren	197
11	Schriftsatzmuster zum vorläufigen Rechtsschutz	198
11.1	Mit der Klage verbundener Antrag auf Anordnung der auf- schiebenden Wirkung – Schriftsatzmuster	198
11.2	Isolierter Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung – Schriftsatzmuster	200
11.3	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung – Schriftsatzmuster	201
11.4	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung und auf Erlass einer einstweiligen Anordnung in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende – Schriftsatzmuster	202

VI. KAPITEL Die Verfahrensbeteiligten

1	Allgemeines	207
2	Streitgenossenschaft	208
3	Beiladung	208
3.1	Allgemeines	208
3.2	Arten der Beiladung	209
3.3	Verfahren	214
3.4	Beiladung im Massenverfahren	215
3.5	Auswirkungen der Beiladung	215
3.6	Rechtsmittelbefugnis des Beigeladenen	216
3.7	Beiladungsantrag – Schriftsatzmuster	217
4	Prozessfähigkeit	219
5	Prozessführungsbefugnis	220
6	Prozessbevollmächtigte und Beistände	221
6.1	Allgemeines	221
6.2	Ausschluss von Bevollmächtigten	222
6.3	Schriftliche Vollmacht	223
6.4	Auswirkungen einer Bevollmächtigung	224
6.5	Beistände	225

7	Der besondere Vertreter	225
8	Prozesskostenhilfe	226
8.1	Rechtsgrundlagen und Bedeutung im sozialgerichtlichen Verfahren	226
8.2	Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens	227
8.3	Voraussetzungen der PKH-Bewilligung	227
8.3.1	Wirtschaftliches Unvermögen	227
8.3.2	Hinreichende Erfolgsaussicht	228
8.3.3	Mutwilligkeit der Rechtsverfolgung	229
8.4	Beordnung eines Anwalts	229
8.5	Verfahrensrechtliche Fragen der PKH	230
8.5.1	Zeitpunkt der Antragstellung	230
8.5.2	Entscheidung des Gerichts	230
8.5.3	Rechtsmittel	231
8.6	Beschwerde gegen PKH-Beschluss des SG – Schriftsatzmuster ...	232

VII. KAPITEL

Das erstinstanzliche Verfahren

1	Die Klageerhebung	235
1.1	Form der Klageerhebung	235
1.2	Inhalt der Klageschrift	236
	Mindestinhalt der Klageschrift – Schriftsatzmuster	237
1.3	Klagefrist	238
1.4	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	239
1.4.1	Anwendungsbereich	239
1.4.2	Fristversäumnis ohne Verschulden	240
1.4.3	Verschulden bei Vertretung	240
1.4.4	Verschulden bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts ...	240
1.4.5	Einzelfragen zum Verschulden	241
1.4.6	Verfahren bei Wiedereinsetzung	242
1.4.7	Entscheidung und Rechtsmittel	242
1.5	Zuständiges SG	243
1.5.1	Örtliche Zuständigkeit	243
1.5.1.1	Grundregel	243
1.5.1.2	Sitz, Wohnsitz, Aufenthalts- und Beschäftigungsort	244
1.5.1.3	Ausnahmen	244
1.5.1.4	Bestimmung des zuständigen Gerichts durch das nächsthöhere ...	246
1.5.2	Sachliche Zuständigkeit	246
1.5.3	Verweisung wegen Unzuständigkeit	248

1.6	Wirkungen der Klageerhebung	249
1.6.1	Rechtshängigkeit	249
1.6.1.1	Eintritt der Rechtshängigkeit	249
1.6.1.2	Folgen der Rechtshängigkeit	249
1.6.1.3	Ende der Rechtshängigkeit	250
1.6.2	Suspensiv-effekt im engeren Sinn	250
1.6.3	Aufschiebende Wirkung der Klage	251
1.7	Gegenstand des Rechtsstreits	251
1.7.1	Allgemeines	251
1.7.2	Dispositionsgrundsatz	251
1.7.3	Streitgegenstand bei den einzelnen Klagearten	253
1.7.4	Klageänderung	253
1.7.4.1	Änderung des Klageantrags	254
1.7.4.2	Änderung des Klagegrundes und Beteiligtenwechsel	254
1.7.4.3	Sachdienlichkeit der Klageänderung	255
1.7.4.4	Vorliegen der Sachurteilsvoraussetzungen	255
1.7.4.5	Klageänderung in den Rechtsmittelinstanzen	256
1.7.4.6	Entscheidung über die Klageänderung	256
1.7.5	Einbeziehung neuer Verwaltungsakte	257
1.7.5.1	Voraussetzungen	258
1.7.5.2	Auswirkungen des § 96	260
1.7.5.3	Anwendung des § 96 in den Rechtsmittelinstanzen	261
1.7.5.4	Fehlerhafte Behandlung des Folgebescheides	261
1.7.6	Der maßgebende Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	262
1.7.7	Nachschieben von Gründen	264
1.8	Die Widerklage	265
1.9	Klagehäufung	265
1.10	Verbindung und Trennung von Verfahren	265
2	Das vorbereitende Verfahren	266
2.1	Übersendung der Klageschrift an die übrigen Beteiligten	266
2.2	Hinweispflichten des Vorsitzenden	267
2.3	Gewährung von Akteneinsicht – § 120	268
2.4	Vorbereitende Schriftsätze	269
2.5	Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts	270
2.5.1	Das Verfahren	271
2.6	Zurückweisung verspäteten Vorbringens	272
2.6.1	Der Erörterungstermin	273
2.6.2	Rückverweisung an die Verwaltung	275
2.7	Terminierung und Ladung zur mündlichen Verhandlung	276
3	Die mündliche Verhandlung	278
3.1	Bedeutung der mündlichen Verhandlung	278

3.2	Verzicht auf die mündliche Verhandlung	278
3.3	Ablauf der mündlichen Verhandlung	279
3.3.1	Formulierung der Anträge	280
3.3.2	Beweiserhebung in der mündlichen Verhandlung	280
3.3.3	Schließung der mündlichen Verhandlung	281
3.3.4	Abwesenheit eines oder mehrerer Beteiligter	281
3.3.5	Grundsatz der Öffentlichkeit	282
4	Der Abschluss des Verfahrens	282
4.1	Ohne gerichtliche Entscheidung	282
4.1.1	Klagerücknahme	282
4.1.2	Anerkenntnis	285
4.1.2.1	Kostenregelung beim Anerkenntnis	286
4.1.2.2	Anerkenntnisurteil	286
4.1.3	Vergleich	287
4.1.3.1	Verfügungsbefugnis über den Gegenstand der Klage	288
4.1.3.2	Vergleich unter Widerrufsvorbehalt	288
4.1.3.3	Anfechtung des Vergleichs	288
4.1.3.4	Kostenfolge beim Vergleich	288
4.2	Gerichtsbescheid	289
4.2.1	Voraussetzungen	290
4.2.2	Rechtsmittel	291
4.3	Urteil	292
4.3.1	Arten der Urteile	292
4.3.2	Urteile nach mündlicher Verhandlung oder im schriftlichen Verfahren	294
4.3.3	Begründung des Urteils	295
4.3.4	Zustellung von Urteilen	296
4.3.5	Nachträgliche Änderung des Urteils	296
4.3.5.1	Berichtigung offenbarer Unrichtigkeiten	296
4.3.5.2	Tatbestandsberichtigung	297
4.3.5.3	Urteilsergänzung	297
4.4	Die Wirkungen des Urteils	298

VIII. KAPITEL Das Berufungsverfahren

1	Rechtsentwicklung	299
2	Systematik der Berufsregelungen	300
3	Beschwer des Berufungsklägers	300
4	Beschränkung der Statthaftigkeit der Berufung	301
4.1	Allgemeine Grundsätze	301

4.2	Geld- oder Sachleistung	302
4.2.1	Geldleistung	302
4.2.2	Dienst- oder Sachleistung	302
4.3	Erstattungsstreitigkeiten	302
4.4	Wert des Beschwerdegegenstandes	303
4.4.1	Verfahren	304
4.4.2	Berechnung des Wertes	304
4.4.3	Maßgebender Zeitpunkt für die Beurteilung des Wertes	304
4.5	Statthaftigkeit bei wiederkehrenden und laufenden Leistungen ...	305
4.5.1	Wiederkehrend oder laufend	305
4.5.2	Erstattungsstreitigkeiten	305
5	Zulassung der Berufung	307
5.1	Zulassungsgründe	307
5.1.1	Grundsätzliche Bedeutung (§ 144 Abs. 2 Nr. 1)	307
5.1.2	Abweichung von Entscheidungen übergeordneter Gerichte (§ 144 Abs. 2 Nr. 2)	308
5.1.3	Verfahrensfehler (§ 144 Abs. 2 Nr. 3)	308
5.1.4	Häufige Verfahrensfehler	309
5.2	Die Berufungszulassung als Nebenentscheidung im Urteil des SG .	311
5.3	Fehlende Zulassungsentscheidung	311
5.4	Negative Zulassungsentscheidung bei statthafter Berufung	313
5.5	Nichtzulassungsbeschwerde	313
5.5.1	Form und Frist	313
5.5.2	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung – Schriftsatzmuster	314
5.5.3	Abhilfe durch das SG	315
5.5.4	Entscheidung durch das LSG	316
6	Durchführung des Berufungsverfahrens	316
6.1	Einlegung der Berufung	316
6.1.1	Berufungsfrist	316
6.1.2	Form der Berufung	317
6.1.3	Berufungsschrift mit Begründung der Berufung – Schriftsatz- muster	318
6.2	Das Verfahren	320
6.3	Wirkungen der Berufung	322
6.4	Abschluss des Berufungsverfahrens	323
6.4.1	Berufungsrücknahme	323
6.4.2	Urteil oder Beschluss	323
6.4.2.1	Beschluss bei unzulässiger Berufung	324
6.4.2.2	Beschluss bei unbegründeter Berufung	324
6.4.2.3	Begründungserleichterung im Urteil	325
6.5	Anschlussberufung und Verschlechterungsverbot	326

IX. KAPITEL
Revision

1	Weiteres Rechtsmittel	329
2	Zulassung der Revision	330
3	Zulassung durch das LSG	331
3.1	Ausspruch der Zulassung	331
3.2	Umfang der Zulassung	332
3.3	Zulassungsgründe	333
3.4	Bindung an die Zulassung und Nichtzulassung	334
4	Zulassung durch das SG – sog. Sprungrevision	336
4.1	Zulassungsvoraussetzung	336
4.2	Ausspruch der Zulassung	336
4.2.1	Zulassung durch Urteil	336
4.2.2	Zulassung durch Beschluss	337
4.3	Umfang der Zulassung	340
4.4	Zulassungsgründe	341
4.5	Bindung an die Entscheidung des SG	341
4.6	Einlegung der Sprungrevision	341
4.7	Wirkung der Zustimmung und Einlegung sowie Ablehnung der Sprungrevision	342
5	Zulassung durch das BSG – Nichtzulassungsbeschwerde	343
5.1	Allgemeines	343
5.2	Zulassungsgründe	345
5.2.1	Allgemeines	345
5.2.2	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache	347
5.2.3	Divergenz	356
5.2.4	Verfahrensmangel	361
5.2.4.1	Mängel des gerichtlichen Verfahrens vor dem LSG	361
5.2.4.2	Einzelbeispiele	363
5.2.4.3	Beschränkungen der Verfahrensrügen im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde nach § 160 Abs. 2 Nr. 3	373
5.2.4.3	(1) Keine Rüge der Verletzung des § 109 und § 128 Abs. 1 Satz 1	373
5.2.4.3	(2) Verletzung des § 103	374
5.2.4.4	Geltendmachung des Verfahrensmangels	379
5.2.4.5	Vorliegen des Verfahrensmangels	379
5.2.4.6	Beruhens der Entscheidung auf dem Verfahrensmangel	380
5.3	Einlegung der Beschwerde	381
5.3.1	Vertretungszwang, Schriftform	381
5.3.2	Bezeichnung der Beschwerde	383
5.3.3	Beschränkung auf einen prozessual selbständigen Teil des Streitgegenstandes	383
5.3.4	Einlegung beim BSG; Urteilsabschrift	383

5.3.5	Beschwerdefrist	384
5.3.6	Begrenzung der Tätigkeit eines Prozessbevollmächtigten auf die Einlegung der Beschwerde bei gleichzeitigem Prozesskosten- hilfeantrag	385
5.3.7	Rücknahme der Beschwerde	386
5.3.8	Anschlussbeschwerde	386
5.4	Begründung der Beschwerde	387
5.4.1	Begründungszwang; Vertretungszwang; Frist	387
5.4.2	Darlegung und Bezeichnung der Zulassungsgründe	391
5.4.2.1	Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung	392
5.4.2.2	Bezeichnung der Divergenz	399
5.4.2.3	Bezeichnung des Verfahrensmangels	402
5.5	Begründetheit der Beschwerde	411
5.6	Entscheidung des BSG	412
6	Revisionsverfahren	415
6.1	Vertretungszwang	415
6.1.1	Sachlicher Umfang des Vertretungszwangs	416
6.1.2	Dem Vertretungszwang unterliegende Beteiligte	418
6.1.3	Vertretungsbefugnis	419
6.2	Revisionseinlegung	425
6.2.1	Revisionsfrist	425
6.2.2	Revisionsschrift	428
6.2.3	Zustimmungserklärung des Gegners für die Sprungrevision	429
6.3	Revisionsbegründung	433
6.3.1	Revisionsbegründungsfrist	433
6.3.2	Begründung	434
6.3.2.1	Verletzung einer Rechtsnorm	435
6.3.2.2	Revisibles Recht	437
6.3.2.3	Bindung an die tatsächlichen Feststellungen	442
6.3.2.4	Revisionsantrag	444
6.3.2.5	Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm	446
6.3.2.6	Bezeichnung des Verfahrensmangels	451
6.3.2.7	Unterschrift	458
6.4	Anschlussrevision	458
7	Verfahren vor dem BSG	460
7.1	Revisionsverfahren	460
7.2	Verfahren vor dem BSG in erster und letzter Instanz	462
8	Entscheidung des BSG	463
8.1	Unzulässige Revisionen	463
8.2	Unbegründete und begründete Revisionen	465
8.2.1	Unbegründete Revisionen	465
8.2.2	Begründete Revisionen	467
8.3	Unterschriften der Richter	474

X. KAPITEL
Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge

1	Beschwerde	475
1.1	Statthaftigkeit	475
1.1.1	Entscheidungen des SG oder des Vorsitzenden	475
1.1.2	Entscheidungen des LSG, dessen Vorsitzenden oder des Berichterstatters	477
1.1.3	Nicht statthafte Beschwerden	478
1.2	Einlegung der Beschwerde	480
1.2.1	Beschwerdefrist	480
1.2.2	Beschwerdeschrift	482
1.3	Aufschiebende Wirkung; Aussetzung des Vollzuges	482
1.4	Entscheidung über die Beschwerde	484
1.4.1	Keine Abhilfe durch das SG oder den Vorsitzenden; Vorlage	484
1.4.2	Entscheidung durch das LSG	484
1.4.3	Kostenentscheidung	486
2	Erinnerung	486
3	Anhörungsrüge	488

XI. KAPITEL
Wiederaufnahme des Verfahrens

1	Bedeutung im sozialgerichtlichen Verfahren	495
2	Wiederaufnahme nach § 179	496
2.1	Wiederaufnahme nach dem Vierten Buch der ZPO	496
2.1.1	Rechtskräftig das Verfahren abschließende Entscheidungen	496
2.1.2	Nichtigkeitsklage	497
2.1.3	Restitutionsklage	499
2.1.3.1	Wiederaufnahme nach § 580 Nrn. 1 bis 6 ZPO	499
2.1.3.2	Wiederaufnahme nach § 580 Nr. 7 ZPO	500
2.2	Wiederaufnahme nach § 179 Abs. 2	504
2.3	Vorentscheidungen	504
2.4	Hilfsnatur der Nichtigkeits- und Restitutionsklage	504
2.5	Zuständiges Gericht	504
2.6	Verfahren	505
2.6.1	Zulässigkeit der Klage	506
2.6.2	Begründetheit der Klage	508
2.6.3	Neue Verhandlung	509
2.6.4	Kostenentscheidung, Rechtsmittel	509

3	Wiederaufnahme bei einander widersprechenden Entscheidungen (§ 180)	510
3.1	Spezifische Art der Wiederaufnahme	510
3.2	Wiederaufnahmegründe	511
3.3	Verfahren	513
4	Vermeidung von einander widersprechenden Entscheidungen (§§ 181, 182)	515
4.1	Verfahren bei Gefahr unvereinbarer Entscheidungen (§ 181)	515
4.2	Negativer Zuständigkeitskonflikt (§ 182)	517

XII. KAPITEL Kosten

1	Verfahren, in denen Kläger oder Beklagter zu den in § 183 genannten Personen gehören	519
1.1	Freiheit von Gerichtskosten	519
1.2	Pauschgebühr	521
1.2.1	Gebührensschuldner	522
1.2.2	Entstehen und Höhe der Pauschgebühr	522
1.3	Auslagenvergütung für Beteiligte	524
1.4	Mutwillenskosten; Missbräuchlichkeit	527
1.4.1	Betroffene Beteiligte	528
1.4.2	Verschleppung, Missbräuchlichkeit	529
1.4.3	Entstandene Kosten	532
1.4.4	Entscheidung des Gerichts	534
1.5	Kostenerstattung unter den Beteiligten	536
1.5.1	Grundsätze der Kostenerstattung	536
1.5.2	Verfahren	540
1.5.2.1	Urteil und gleichgestellte Entscheidungen	540
1.5.2.2	Entscheidung über die Kosten durch Beschluss; Vergleich	541
1.5.3	Erstattungsfähige Kosten	544
1.5.4	Kostenfestsetzung	546
1.5.4.1	Antrag; Prüfumfang	547
1.5.4.2	Rahmengebühr	548
2	Verfahren, in denen weder der Kläger noch der Beklagte zu den in § 183 genannten Personen gehören	554
2.1	Rechtsentwicklung	554
2.2	Kosten nach dem Gerichtskostengesetz (GKG)	555
2.3	Kostenerstattung unter den Beteiligten	558
2.3.1	Kostentragungspflicht und Kostenverteilung	558
2.3.2	Kostenentscheidung	562
2.3.3	Erstattungsfähige Kosten	563

2.3.4	Rechtsanwaltsgebühren nach dem Streitwert	563
3	Festsetzung der Kosten durch den Urkundsbeamten; Anrufung des Gerichts	565

**XIII. KAPITEL
Vollstreckung**

1	Grundsätze, Verweisung	567
2	Vollstreckung zu Gunsten natürlicher Personen oder juristischer Personen des Privatrechts	568
2.1	Vollstreckungstitel	569
2.2	Vollstreckbare Ausfertigung, Vollstreckungsklausel, Vollstreckungsgericht	570
2.3	Vollstreckung aus Verpflichtungsurteilen	571
2.4	Einstweilige Anordnung über die Aussetzung der Vollstreckbarkeit	573
2.5	Rechtsmittel	574
3	Vollstreckung zu Gunsten der öffentlichen Hand	574

Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens in Schlagworten	575
Text des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)	581
Stichwortverzeichnis	646